



Aus dem Gemeinderat

10. Juli 2026 5:00

- mybuxi - Projektauftrag für Dauerbetrieb
- Vernehmlassung ZVV zu den Tarifmassnahmen 2027
- Projekt Videoüberwachung 2026 - Kreditbewilligung
- Pachtreglement und Pflichtenheft Landwirtschaftskommission - Überarbeitung und Genehmigung
- Asylstrategie 2026+ - Genehmigung
- Sicherheitsbeauftragung (SIBE) - Mandatsvergabe - Kreditbewilligung
- Leistungsvereinbarung Kitaaufsicht - Genehmigung und Kreditbewilligung
- Schulhauserweiterung Ebmatingen-Binz - Projektauftrag für Machbarkeitsstudie - Kreditbewilligung
- Altlastensanierung Schiessanlage Gemeinderüti, Kugelfang Schützenhaus - Projektauftrag

mybuxi – Projektauftrag für Dauerbetrieb

Der Fahrdienst mybuxi ergänzt seit Juni 2025 den öffentlichen Verkehr in Maur mit flexibel buchbaren Fahrten innerhalb der Gemeinde. Das Angebot wird zunehmend genutzt. Im April 2026 waren rund 1'000 Personen registriert, und monatlich wurden über 600 Fahrgäste befördert. Mit dem im Juni 2026 gestarteten Pilotbetrieb in Küsnacht wird das Betriebsgebiet schrittweise erweitert. Ab September 2026 sind auch direkte Fahrten zwischen Maur und Küsnacht vorgesehen. Aufgrund dieser positiven Entwicklung sieht der Gemeinderat im Angebot von mybuxi auch über die Pilotphase hinaus einen grossen Nutzen für die Bevölkerung. Er hat deshalb die Energiekommission beauftragt, eine Vorlage für die Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2026 auszuarbeiten. Die Bevölkerung wird dann über einen wiederkehrenden Kredit für die Weiterführung von mybuxi ab 2027 entscheiden können.

Vernehmlassung ZVV zu den Tarifmassnahmen 2027

Der Gemeinderat hat ein Antwortschreiben auf die Vernehmlassung des ZVV zu den Tarifmassnahmen 2027 eingereicht und spricht sich darin gegen die geplanten Preiserhöhungen aus. Abgelehnt werden sowohl die lineare Tarifierung als auch der Wegfall der Rabatte auf Mehrfahrtenkarten. Statt zusätzlicher

Belastungen für die Fahrgäste sollen Einsparpotenziale geprüft und das Tarifangebot vereinfacht werden. Gleichzeitig soll der ZVV auch die Aufnahme von neuen, innovativen Mobilitätsdienstleistungen wie mybuxi ins Tarifsysteem prüfen. Angeregt werden zudem gezielte Vergünstigungen für Kinder, Jugendliche und weitere Personengruppen.

Projekt Videoüberwachung 2026 – Kreditbewilligung

Für die Erneuerung und punktuelle Ergänzung der Videoüberwachung auf öffentlichem Grund im Gemeindegebiet werden CHF 138'000 bewilligt. Die bestehenden Anlagen werden erneuert und erweitert. Die Videoüberwachung soll dazu beitragen, wiederholte Fälle von Einbrüchen, Diebstählen, illegalen Ablagerungen, Sprayereien und Vandalismus zu verhindern und einfacher aufzuklären. Die Kameras sind unter anderem an den öffentlichen Sammelstellen, dem Werkhofgelände, den Schularealen, der Schiffflände sowie am Jugend- und Freizeithaus angebracht. Das vorgängig erarbeitete und vom Gemeinderat genehmigte

Videoreglement schafft zudem die rechtliche Grundlage, damit die Kameras bei den digitalen Stelen in Betrieb genommen werden können. Die Aufzeichnungen aller Anlagen erfolgen ohne Ton, werden nur im Ereignisfall ausgewertet und nach 21 Tagen automatisch gelöscht. Die Umsetzung des Projekts beginnt voraussichtlich im August 2026.

Pachtreglement und Pflichtenheft Landwirtschaftskommission – Überarbeitung und Genehmigung

Mit dem neu ausgearbeiteten Pachtreglement werden die Vergabe und Bewirtschaftung des gemeindeeigenen Pachtlands einheitlich, transparent und rechtskonform geregelt. Neu entscheidet die Landwirtschaftskommission über die Vergabe von Pachtgrundstücken. Das Reglement berücksichtigt zudem die Förderung einer nachhaltigen Bodenbewirtschaftung, der Biodiversität und der Landschaftspflege. Die Rechtsmittelfrist ist in der Zwischenzeit ungenutzt abgelaufen. Das Pachtreglement und das angepasste Pflichtenheft wurden am 1. Juli 2026 in Kraft gesetzt.

Asylstrategie 2026+

Nach der Ablehnung der beiden Vorlagen zum Ausbau der Asylunterkünfte an der Urnenabstimmung vom 8. März 2026 hat der Gemeinderat die Asylstrategie angepasst, da die Gemeinde gemäss kantonalen Vorgaben weiterhin Wohnraum für insgesamt 162 Personen aus dem Asylbereich bereitstellen muss. Aufgrund des Rückbaus der befristeten Containeranlage Lohwis Ende August 2026 und des damit zusammenhängenden Wegfalls von 27 Plätzen sollen kurzfristig geeignete Unterbringungsmöglichkeiten angemietet werden. Bei gemeindeeigenen Wohnungen, die neu verfügbar werden, wird vorrangig geprüft, ob sie für Personen aus dem Asylbereich genutzt werden können. Dabei wird eine möglichst ausgewogene Verteilung auf die Ortsteile angestrebt. Mittel- und langfristig werden, möglichst unbefristete Mietwohnungen gesucht, der Kauf von Liegenschaften geprüft und vermehrt gemeindeeigene Unterbringungslosungen angestrebt. Auch die Umsetzung eines möglichen Ersatzneubaus an der Tobelstrasse soll weiterverfolgt werden.

Damit die Containeranlage fristgerecht zurückgebaut und das Grundstück wiederhergestellt werden kann, hat der Gemeinderat ausserdem gebundene Ausgaben von CHF 300'000 bewilligt.

Sicherheitsbeauftragung (SIBE) – Mandatsvergabe - Kreditbewilligung

Die Gemeindeverwaltung beschäftigt rund 100 Mitarbeitende und betreibt zahlreiche Schul-, Verwaltungs- und weitere Gemeindeliegenschaften. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind gesetzlich vorgegeben. Für Betriebe ab 50 Mitarbeitenden ist ein Sicherheitsbeauftragter zu ernennen. Bisher wurde diese Aufgabe intern wahrgenommen. Eine Überprüfung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten hat jedoch gezeigt, dass die dafür verfügbaren Ressourcen und das notwendige Fachwissen für dieses wichtige Thema nicht ausreichen. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, das bestehende Sicherheitssystem mit Unterstützung von Arbeitssicherheit Schweiz weiterzuentwickeln und das SIBE-Mandat parallel dazu auszulagern. Im Jahr 2026 überprüft und überarbeitet die Fachstelle zunächst die bestehenden Grundlagen. Ab 2027 begleitet sie die Gemeinde bei der laufenden Umsetzung und Weiterentwicklung. Für 2026 wurde ein Kredit von CHF 15'000 bewilligt; ab 2027 sind jährliche Kosten von rund CHF 29'000 vorgesehen.

Leistungsvereinbarung Kitaufsicht – Genehmigung und Kreditbewilligung

Für die Bewilligung von und regelmässige Aufsicht über private Kindertagesstätten, private Horte und Tagesfamilien sind im Kanton Zürich die Gemeinden zuständig. Bisher wurde diese Aufgabe innerhalb der Abteilung Gesellschaft wahrgenommen. Angesichts der stetig wachsenden fachlichen Anforderungen und weiterer anstehender Aufgaben im Bereich Kind, Jugend und Alter sollen die Abläufe künftig gezielt ergänzt und weiterentwickelt werden. Der Gemeinderat hat dafür eine Leistungsvereinbarung mit der Firma Feb-check GmbH abgeschlossen. Sie erarbeitet die fachlichen Grundlagen für Bewilligungen und Aufsichtsbesuche bei den vier Kitas und sechs privaten Horten in Maur sowie bei Bedarf bei Tagesfamilien. Für 2026 wurde ein Kredit von CHF 14'000 bewilligt; in den Folgejahren ist mit durchschnittlichen jährlichen Kosten in gleicher Höhe zu rechnen.

Schulhauserweiterung (Erneuerung) Ebmingen-Binz – Projektauftrag für Machbarkeitsstudie – Kreditbewilligung

Für die Schulanlagen in Ebmingen und Binz soll geprüft werden, wie der künftig benötigte Schulraum bereitgestellt werden kann. Hintergrund sind die langfristige Schulraumplanung und die vorgesehene Neuorganisation der Schulstufen: In Binz soll künftig vor allem der Zyklus 1 mit Kindergarten bis 2. Klasse geführt werden, während Ebmingen zusätzliche Primarschulklassen aufnehmen soll. Für eine Machbarkeitsstudie bewilligte der Gemeinderat einen Kredit von CHF 117'000. Bis Oktober 2026 sollen verschiedene Varianten für die beiden Standorte geprüft werden, unter anderem zur Anzahl Klassen, zur künftigen Nutzung bestehender Gebäude sowie zu möglichen Mehrfachnutzungen durch Schule, Vereine und Bevölkerung. Nach der Variantenentscheidung Ende 2026 wird die weitere Planung vorbereitet. Ein Bezug der erweiterten oder erneuerten Schulanlagen ist gemäss heutiger Planung für 2033 vorgesehen.

Kurz erwähnt

- Genehmigung Teilrevision Arbeitszeitreglement bezüglich Einführung von Sommeröffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung. Die Rechtsmittelfrist ist ungenutzt abgelaufen, weshalb das Reglement per 1. Juli 2026 in Kraft getreten ist.
- Kenntnissnahme Revisionsbericht zur Jahresrechnung 2025
- Genehmigung Jahresrechnungen 2025 der Gustav ZollingerStiftung für das Pflegezentrum und die Spitex Pfannenstiel
- Genehmigung Abrechnung PV-Anlagen Schulhaus Looren-Ost und West. Gegenüber dem ursprünglichen Kredit von CHF 340'000 schliesst die Abrechnung mit Minderkosten von CHF 149'948.55 ab.
- Kreditbewilligung für die Umsetzung des Möblierungskonzepts an der Bushaltestelle Hellstrasse von CHF 60'000

Gemeinderat

Kontaktperson für Rückfragen

Mo - Do zu den üblichen Öffnungszeiten

Anette Fahrni

Kommunikationsbeauftragte

Telefon: 043 366 13 44

anette.fahrni@maur.ch

[zur Liste](#)